

Braunkohle Informationen

Am Schillertheater 4
10625 Berlin
Telefon +49 30 315182-22
www.braunkohle.de
debriv@braunkohle.de

Braunkohleindustrie in der Energiewende

Keynote von Dr. Philipp Nellessen, Vorsitzender des Vorstands des DEBRIV, anlässlich des Braunkohlentags 2023 am 1. Juni 2023 in Köln

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Abgeordnete aus Bund und Ländern,
meine sehr verehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
Glückauf!

Sehr herzlich darf ich Sie zur Abendveranstaltung des diesjährigen Braunkohlentags willkommen heißen. Schön, dass Sie heute nach Köln gekommen sind!

Herzlich Willkommen auch ganz herzlich an alle Vertreter aus Landkreisen und Kommunen, aus den Behörden und von unseren Partnerunternehmen.

Ich bin froh zu sehen, wie voll dieser Saal ist. Wenn man sich umschaute, sind nur noch ganz wenige Plätze frei. Das finde ich ein schönes Zeichen, das zeigt, wie groß der Zusammenhalt ist und es zeigt, wie wichtig für uns alle der Erfahrungsaustausch ist.

Als Braunkohleunternehmen stehen wir weiterhin vor großen Aufgaben:

- Wir müssen den **sicheren, verlässlichen und effizienten Betrieb** unserer Tagebaue und Kraftwerke in den kommenden Jahren garantieren; und wir müssen, wie das letzte Jahr eindrucksvoll gezeigt hat, jederzeit dazu in der Lage sein, Lücken in der Stromversorgung zu schließen.
- Wir müssen **gleichzeitig auch den Wandel oder die Transformation** unserer Unternehmen, „unserer“ Regionen und der Energiewirtschaft vorantreiben. Dazu haben wir wichtige gemeinsame Anliegen mit Ihnen, sprich **mit den Regionen, mit den Kommunen, mit den vom Bergbau Betroffenen**, mit unseren Geschäftspartnern und selbstverständlich auch mit **unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern**. Wir möchten die **Energiewende** nicht nur begleiten und **zu ihrem gesellschaftlichen Erfolg beitragen – nein, unser Anspruch ist: Wir wollen sie aktiv gestalten.**

Wir wissen Ihre und Eure konstruktive Mitarbeit zu schätzen. Dafür meinen ganz herzlichen Dank!

Bitte nutzen Sie den heutigen Braunkohlentag auch als Informationsquelle und als Forum für den Austausch zwischen den Revieren und auch um Ideen auszutauschen. Die **Vortragenden und Diskutanten heute Nachmittag haben mit ihren Impulsen** bereits dazu beigetragen. Ich danke Ihnen an dieser Stelle ganz herzlich für Ihre Beiträge bei den Podien.

Meine Damen und Herren,

der **Krieg Russlands gegen die Ukraine**, der leider immer noch andauert, bringt großes Leid und Trauer für viele Menschen, vor allem in der ukrainischen Bevölkerung. Der Krieg hat aber auch die Energiepolitik der EU und Deutschlands verändert.

Der **Gasmangel** hat vorübergehend zu großen Unsicherheiten und zu deutlichen **Preissteigerungen** für Erdgas und in der Folge auch für Strom geführt. Inzwischen haben sich die Preise wieder einigermaßen stabilisiert. Schneller sogar als viele von uns erwartet haben. Man kann dennoch sagen: Am Strommarkt bestehen weiter Unsicherheiten sowohl für die Unternehmen der Energiewirtschaft als auch für deren Kunden, die Haushalte, Gewerbebetriebe und vor allem die energieintensive Industrie.

Die **sichere und kostengerechte Versorgung mit Energie** stand im letzten Jahr „**ganz oben auf der Agenda**“ und ist nach wie vor ein wichtiges Thema. Dass die heimische Braunkohle als einziger fossiler Energieträger in Deutschland, der nicht importiert werden muss, gefragt war, ist nur folgerichtig. **Wir waren da, als wir gebraucht wurden.** Der enge technische und räumliche Verbund von Tagebauen und Kraftwerken bietet insbesondere in Zeiten von unsicheren oder teuren Energieträgerimporten Sicherheit, Wirtschaftlichkeit und Wertschöpfung und das 24 h / 7 Tage die Woche – **auch als Backup der erneuerbaren Energien.**

Wie sehr unsere Kraftwerke helfen können, die Versorgung mit Strom zu sichern, zeigte sich eindrucksvoll im **Herbst 2022**: Das BMWK entschied, die Blöcke aus der dritten und vierten Tranche der Sicherheitsbereitschaft zu aktivieren. Auch die nach dem Kohleverstromungsbeendigungsgesetz Ende 2022 an sich vom Netz zu nehmenden Kraftwerksblöcke Neurath D und E können temporär weiterlaufen. Zusammen sind dies fast 3 100 MW Nettonennleistung. Damit konnte das Abschalten der drei Atomkraftwerke Ende 2021 fast kompensiert werden.

Meine Damen und Herren,

ich möchte an dieser Stelle nochmals **ausdrücklich allen danken**, die im letzten Jahr unermüdlich dafür sorgten, dass diese **Kraftwerksblöcke so zügig wieder ans Netz gehen konnten**. Dieser außerordentliche Kraftakt wurde mit Einsatzbereitschaft, Know-how, Motivation und kollegialer Solidarität der **Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Revieren** gestemmt. Kolleginnen und Kollegen, die in dieser Zeit auf Urlaub und teilweise Wochenenden verzichtet und – entschuldigen Sie hier meine Ruhrgebietsprache – sich den Allerwertesten aufgerissen haben, um die Stromversorgung sicherzustellen.

Meine Damen und Herren,

es war wichtig, die Krise 2022/23 zu meistern. Dies ändert aber nichts an den langfristigen Tendenzen der Energie- und Klimapolitik. Trotz der Erfahrungen aus dem Jahr 2022, dass unsere Energie dringend benötigt wurde, **ist der Ausstieg aus der Kohleverstromung in Deutschland beschlossen. Das war und ist ein gesamtgesellschaftlicher Kompromiss.**

Der DEBRIV hat sich immer hinter die Empfehlungen der Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung gestellt. **Dabei wird es – das sage ich hier nochmals ganz klar – auch bleiben!** Und die Unternehmen, die das Rückgrat des DEBRIV bilden, gehen teilweise in **individuellen Lösungen noch deutlich weiter.**

Wir haben die Krise 2022/23 genutzt, um **zu zeigen, was wir leisten können, wenn wir gebraucht werden**, wir werden aber den Weg der Transformation unserer Branche unbeirrt fortsetzen.

Um das einmal in Zahlen zu fassen: Die Mitglieder des DEBRIVs haben bereits heute veröffentlichte Pläne mit dem Ziel bis 2030 insgesamt **knapp 10 GW erneuerbare Energieerzeugungskapazitäten sowie 6 GW wasserstofffähige Gaskraftwerke in den Kohlerevieren** zu bauen.

So hat sich **RWE** für das Rheinische Revier mit Land und Bund auf ein **Ende der Braunkohleverstromung 2030** verständigt. Wir haben dazu heute schon viel gehört.

Mit dem Vorziehen des Kohleausstiegs im Rheinland auf 2030 wird die Kohlemenge aus Garzweiler um rund 280 Millionen Tonnen verringert und etwa halbiert.

Um eine sichere Stromversorgung in jedem Fall auch nach 2030 zu gewährleisten, kann die Bundesregierung bis spätestens 2026 entscheiden, ob bestimmte Kraftwerkskapazitäten im Rheinland noch bis Ende 2033 in eine Reserve überführt werden, insgesamt rund 3 600 MW Leistung.

RWE leistet mit dieser Verständigung einen **wichtigen Beitrag dafür, dass Deutschland seine Klimaschutzziele erreichen kann**. Dem Unternehmen war bei der Einigung besonders wichtig, dass den RWE-Beschäftigten keine Nachteile entstehen. Der Bund hat zugesichert, dies durch gesetzliche Regelungen beim Anpassungsgeld und durch die Unterstützung von Qualifizierungsmaßnahmen zu begleiten.

Meine Damen und Herren,

zum **Strukturwandel im Rheinland** haben wir heute Nachmittag ebenfalls viel gehört.

Wichtig ist zum einen, dass RWE **in großem Maße Investitionen in Erneuerbare** plant. Das Unternehmen hat allein im Rheinischen Revier **bereits über 200 MW Kapazität in Solar- und Windparks realisiert**. Allein **bis 2030 liegt das Ziel bei weiteren 500 MW**. Dies soll möglichst auf aktuellen Betriebsflächen erfolgen, auch in der „Tagebauzwischenlandschaft“. Hinzu kommen auch hier Gaskraftwerke, die wasserstofffähig sind, an aktuellen Kraftwerksstandorten sowie **Batteriespeicher**, zum Beispiel ein 80 MW-Batteriespeicher in Neurath sowie weitere Energieprojekte, z. B. die Tiefengeothermienutzung in Weisweiler.

Das Unternehmen unterstützt zum anderen die drei Tagebauplanungsverbände Indeland, Neuland Hambach und LandFolge Garzweiler sowie die Zukunftsagentur Rheinisches Revier. RWE will als bedeutende Flächeneigentümerin dazu beitragen, dass nicht mehr betriebsnotwendige Flächen und Standorte in enger Zusammenarbeit mit den jeweiligen Kommunen weiterentwickelt werden. Die Konzentration liegt dabei auf Standorten, die sich für Industrie- und Gewerbegebiete mit vielen Beschäftigten eignen.

Meine Damen und Herren,

das Kohleverstromungsbeendigungsgesetz sieht **für das Lausitzer Revier weiterhin 2038 als spätestes Ausstiegsjahr** vor, für das Mitteldeutsche Revier wegen der Kraftwerkslaufzeiten in Lippendorf de facto 2035.

Unsere Planungen hierzu haben wir bereits mehrfach vorgestellt und setzen sie weiter konsequent um.

Die Kohlegewinnung im **Tagebau Jänschwalde** beispielsweise werden wir Ende 2023 planmäßig und kontrolliert dem Ende zuführen – und das trotz der ein oder anderen juristischen Hängepartie, die wir im letzten Jahr dort hatten, die ggf. auch zu einem unkontrollierten Ende in Mitten der größten Energiekrise der letzten Jahre geführt hätte. Ich will hier das **Land Brandenburg ausdrücklich loben**, dass sich in diesem schwierigen Verfahren sehr klug und verantwortungsbewusst verhalten hat.

Anschließend wird die Gestaltung der Bergbaufolgelandschaft zügig fortschreiten. Auch hier wurde weiter optimiert und verbessert: Anstelle des früher beabsichtigten einen größeren Restsees sollen **nun drei kleinere Restseen entstehen**. Das Zielabweichungsverfahren ist abgeschlossen und es bedarf „nur noch“ einer wasserrechtlichen Planfeststellung.

Auch in den anderen Tagebauen verfolgen wir nach wie vor unser veröffentlichtes Revierkonzept, das eine deutliche Mengenreduzierung bereits vorsah.

Auch die **LEAG** arbeitet zusammen mit den Partnern vor Ort daran, möglichst vielfältige neue Beschäftigungsperspektiven zu schaffen. **So arbeiten wir unter anderem mit E.DIS, enviaM und der Deutschen Bahn bei der industriellen Aus- und Weiterbildung zusammen.**

Auch die LEAG wird sich als Unternehmen wandeln und den Strukturwandel in der Region gestalten. Hier spielt sie aufgrund der Stellung als eines der wenigen Großunternehmen in der Region sicherlich eine besondere Rolle, und dieser Verantwortung sind wir uns bewusst. Wir haben das Ziel ausgegeben, **bereits bis 2030 7 GW Erneuerbaren-Kapazität auf Bergbaufolgeland zu erreichen, bis 2040 dann 14 GW**. Wir nennen dies **GigaWattFactory** und möchten es zum **größten Cluster erneuerbarer Energien in Deutschland** entwickeln und damit die Lausitz und Mitteldeutschland – „unsere Regionen“ – als Energieregionen erhalten und ausbauen. Es geht darum, Strom aus Sonne, Wind und später auch aus bis zu **4,5 GW H₂-fähigen Gaskraftwerken** zu erzeugen sowie große Speichersysteme aufzubauen.

Im **innovativen Speicherkraftwerk in Jänschwalde** versuchen wir, Versorgungssicherheit und Ausbau der Erneuerbaren zusammenzuführen: Zentrale Bestandteile der Projektplanung sind eine moderne GuD-Anlage für den Einsatz von Erdgas und perspektivisch Wasserstoff, und zwar in Kombination mit einem Wärmespeicher und einer Wasserstoff-Elektrolyse. Der Strom dafür soll insbesondere aus eigenen Wind- und Photovoltaik-Projekten auf benachbarten Bergbaufolgeflächen stammen. Zu den Voraussetzungen für die Projektrealisierung gehören aber natürlich der **Anschluss an die Erdgastransport-Infrastruktur und perspektivisch an ein Wasserstoffpipelinennetz**. Hier haben wir in der Lausitz noch erheblichen Gesprächsbedarf mit der Bundesregierung.

Daneben haben wir einen Auftrag für die nächste 100 MWh-Batterie vergeben und beschäftigen uns mit den nächst größeren Speichermöglichkeiten – da reden wir über **500 MWh-Batterien**.

Meine Damen und Herren,

auch die **MIBRAG** hatte 2022 die Herausforderung, plötzlich eine höhere Kohlenachfrage bedienen zu müssen. Für die MIBRAG war dies aber besonders schwierig, hatte sie doch **Ende 2021 vor dem Hintergrund des KVBG eine erhebliche Personalreduzierung** vorgenommen.

Die genehmigten Lagerstättenvorräte der MIBRAG reichen bis zur geplanten **Abschaltung der Kraftwerke Lippendorf und Schkopau Mitte der 2030er-Jahre**.

In den beiden **Tagebauen Profen und Vereinigtes Schleenhain** sind die mit hohen Investitionssummen verbundenen Wechsel in neue Abbaufelder innerhalb der Tagebaue weitgehend abgeschlossen. Beim Tagebau Vereinigtes Schleenhain hat die MIBRAG zugestimmt, den Ort Pödelwitz und das Abbaufeld Groitzscher Dreieck nicht mehr in Anspruch zu nehmen. Dies entspricht dem Sächsischen Koalitionsvertrag.

Auch die MIBRAG hat schon seit längerem den Weg eingeschlagen, sich langfristig zu einem breiter aufgestellten Energie- und Industriedienstleister in der Region zu entwickeln. Sie hat dazu das **Projekt „Erneuerung MIBRAG im Revier“ (EMIR)** gestartet. Konkret stehen zunächst zwei große Windparkanlagen auf bergbaueigenen und rekultivierten Flächen auf dem Programm.

In einem weiteren Schritt plant die MIBRAG, den Strom zur Produktion von grünem Wasserstoff einzusetzen. Zur Veredlung von grünem Strom haben die MIBRAG, weitere Unternehmen und der Burgenlandkreis ihre Kräfte in einem **Wasserstoffnetzwerk („H2-Hub-BLK“)** gebündelt. Dabei sollen insbesondere auch bereits bestehende Wasserstoffleitungen genutzt werden.

Die **ROMONTA** als weiteres in Mitteldeutschland ansässiges Unternehmen gewinnt im Tagebau Amsdorf bei Halle etwa 500 000 Tonnen Rohbraunkohle pro Jahr. Sie stellte 2022 daraus **rund 14 000 Tonnen Rohmontanwachs** her.

Die **weltweit einmaligen naturwachs-basierten Produkte** der ROMONTA waren u. a. in der Baustoffindustrie und in der Kunststoffindustrie weiter stark nachgefragt. Die ROMONTA ist mit ihren wachshaltigen Produkten als Weltmarktführer ein Beispiel für die wirtschaftlich tragfähige stoffliche Nutzung der Braunkohle – und dies nun seit über 100 Jahren.

Gleichzeitig entwickelte sich das Unternehmen zu einem **Experten und Dienstleister für spezielle Wachsenwendungen** weiter. Die Geschäftsfelder werden immer weiter ausgebaut, damit auch in Zukunft die **über 400 Arbeitsplätze am Industriestandort Amsdorf** gesichert bleiben.

Die **LMBV** ist als **Projekträgerin der Bergbausanierung** einer der **Gestalter des Wandels in den ostdeutschen Revieren**. In der Lausitzer Seenkette oder dem Leipziger Neuseenland sind viele Erfolge der LMBV-Sanierungsarbeit bereits heute sichtbar. Diese Arbeit ist eine **anspruchsvolle Aufgabe**, die vermutlich noch viele Jahre oder Jahrzehnte dauern wird und sich **aus der unkontrollierten Beendigung**

einer ganzen Reihe von Bergbauunternehmen in den 90er-Jahren ergeben hat. Umso erfreulicher ist es, dass die LMBV im Dezember 2022 mit dem **siebten Verwaltungsabkommen** ihre Tätigkeit bis 2027 weiter sichern konnte.

Die LMBV wird sich – in vielen Einzelprojekten – auf die **Hauptaufgaben Wassermanagement sowie die geotechnische Sicherung** von Böschungen und Kippenflächen konzentrieren.

Meine Damen und Herren,

die Beispiele zeigen, wie **engagiert die Unternehmen in allen drei Revieren den Strukturwandel aktiv gestalten**. Dennoch: Guter Strukturwandel gelingt nicht über Nacht. Wir brauchen Jahre, um Neues mit einer guten „Beschäftigungsbilanz“ zu entwickeln. Unsere Unternehmen sichern über die eigenen Betriebe hinaus noch immer mehrere zehntausend Arbeitsplätze. Mit **insgesamt gut 1 000 Ausbildungsplätzen** sowie zahlreichen, unterschiedlichen Berufseinstiegsmöglichkeiten leistet sie weiterhin einen wesentlichen Beitrag für die Zukunft junger Menschen in den Revieren.

Ohne **angemessene Zeit** riskieren wir – und dies kann man nicht genug wiederholen – einen Strukturbruch, wie wir ihn in vielen Regionen – auch in der Lausitz und in Mitteldeutschland – Anfang der 90er-Jahre erlebt haben. Wir dürfen die **Menschen in den betroffenen Regionen** keinen vermeidbaren ökonomischen und sozialen Belastungen aussetzen. Zu Recht sind die Mitarbeiter stolz auf ihre Arbeit und wollen verlässlich Perspektiven für sich, für ihre Familien sowie für ihre Region.

Es gilt, die Menschen in den Revieren einzubeziehen und nicht einfach politische Entscheidungen über ihre Köpfe hinweg zu treffen. Dies schafft nur Unmut. **Nur gemeinsam** – als Unternehmen, Politik, Kolleginnen und Kollegen, Anwohner, Kommunen und Regionen – **können wir den Strukturwandel erfolgreich gestalten und gleichzeitig die Energiewende gelingen lassen**. Denn letztlich machen auch der Ausbau der Erneuerbaren sowie die weiteren, eigenen Projekte und Kooperationen der Mitgliedsunternehmen des DEBRIV im Bereich der Energiewende die Reviere attraktiv für weitere Industrien und Gewerbe.

Gleichzeitig fördern die Unternehmen mit ihren Initiativen die zur Erreichung der im internationalen Klimaschutzabkommen von Paris genannten Ziele.

Die Kohleverstromung nach dem KVBG ist mit den „Pariser Klimaszzielen“ vereinbar, sowohl für 2030 und erst recht mit den Zielen für 2045 oder 2050.

Die 2022 sehr **hohen Preise für Erdgas und Strom** sind deutlich zurückgegangen. Dennoch klagt die deutsche Industrie – zu Recht – weiter über hohe Energiepreise. Auch viele Bürger mit geringen Einkommen haben Schwierigkeiten, ihre Energierechnung zu bezahlen.

Lassen Sie mich deutlich sagen: Diese hohen Preise beruhen wesentlich auf den hohen staatlichen Abgaben auf Energie, insbesondere auf Elektrizität und dazu zählt auch die CO₂-Abgabe.

Eine weitere Ursache für ggf. hohe Strompreise in der Zukunft ist, dass die **Kapazitäten an gesicherter Kraftwerksleistung** in den 2010er-Jahren deutlich reduziert wurden. Seit Mitte des Jahrzehnts kamen weitere Stilllegungen bei Braunkohlekraftwerken hinzu, etwa durch die sogenannte Sicherheitsbereitschaft. Ende 2021 wurden weitere 3 GW Kernenergie vom Netz genommen. **Wir laufen in eine Kraftwerkslücke hinein.**

Die Nachfrage an Elektrizität wird entgegen den Prognosen früherer Bundesregierungen nicht sinken. Die geforderte **Elektrifizierung der Industrie** kann nur dann gelingen, wenn ausreichende Erzeugungskapazitäten am Markt verfügbar sind und die Strompreise in Deutschland wieder auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau sinken.

Meine Damen und Herren,

die „Ampelkoalition“ im Bund hat sich vorgenommen, die **Kohleverstromung „idealerweise schon 2030“ zu beenden.**

Dabei darf es jedoch **keine Zweifel an der Sicherheit der Stromversorgung** in Deutschland geben. Das wäre katastrophal für den Standort Deutschland. Die sichere Versorgung mit Energie ist eine Grundvoraussetzung für Deutschland als Industriegesellschaft. Also sind in einem „auf Kante genähten“ Kraftwerkssystem sogenannte Dunkelflauten zu überbrücken.

Deshalb müssen **vor einem Kohleausstieg Bedingungen erfüllt sein**, um den Strompreis in einem vertretbaren Maß zu halten, nämlich

- die Errichtung von genügend **Erneuerbaren-Kapazitäten**,
- der ausreichende Zubau an modernen (wasserstofffähigen) **Gaskraftwerken**,
- tatsächlich vorhandenes **Erdgas** auch in einem engen LNG-Weltmarkt,
- der Ausbau des **Stromnetzes** nach Plan trotz der üblichen Genehmigungszeiten in Deutschland,
- die massive Schaffung von Stromspeicherkapazitäten und
- die Hebung großer **Verbrauchsflexibilitäten.**

Daneben müssen **Erfolge im Strukturwandel** erzielt worden und die Sozialverträglichkeit des Ausstiegs gewährleistet sein.

An der Schaffung dieser Voraussetzungen arbeiten wir selber mit Hochdruck. Auch das möchte ich hier nochmal betonen: **Wir warten nicht darauf, dass sie jemand anderes für uns erfüllt**, allerdings würden wir uns an der ein oder anderen Stelle auch über mehr politische Unterstützung, insbesondere bei Infrastrukturvorhaben und Genehmigungsprozessen, freuen.

Aus der Sicht der Unternehmen bleibt wichtig, dass die **Bundesregierung für die Energieversorgung Verlässlichkeit** schafft. Hinter den Energieerzeugungsanlagen stehen große Investitionen. Sie lassen sich nur stemmen, wenn die Unternehmen über eine ausreichende Zeit zuverlässig und ohne Rechtsrisiken planen können.

Meine Damen und Herren,

lassen sie mich zusammenfassen:

1. Auch wenn wir 2022 mehr Kohle genutzt haben als im Vorjahr: **Der Kohleausstieg ist fixiert.** Wir akzeptieren das. Wir arbeiten daran und sorgen dafür, dass der langfristige Kohleausstieg auch funktioniert.
2. **Wir gestalten den Strukturwandel – die Transformation – in unseren Regionen aktiv mit.** Wir investieren in Forschung, Bau und Betrieb von Wind-, Solar- und Wasserstoffanlagen. Diese Aufgabe erledigen wir zusammen mit der Politik – für unsere Regionen und für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir sind damit in der Energiewende in ganz wesentlicher Teil der Lösung: Die Zahlen sprechen für uns: knapp 10 GW erneuerbaren Energiekapazitäten und 6 GW H₂-fähige Gaskraftwerke bis 2030! Wir sorgen dafür, dass die Regionen Energieproduzenten und attraktive Standorte bleiben.
3. Sowohl für den laufenden Betrieb, seinen künftigen Abschluss, eine gute Wiedernutzbarmachung als auch für unsere Investitionen in die Energieversorgung der Zukunft brauchen wir **verlässliche rechtliche Rahmenbedingungen** und fordern diese ein.
4. Entlang dieser sich ändernden Zielsetzung der Unternehmen werden wir **für den DEBRIV – als Branchenverband – auch veränderte Aufgabenschwerpunkte definieren.** Der fachliche Austausch zwischen den Revieren und mit Politik und Behörden bleibt aber unserer Meinung nach genauso wichtig wie die Begleitung der Gesetzgebung. Wir wollen die für die Transformation der Braunkohleindustrie wichtigen Fragen gemeinsam mit Ihnen hier im Saal, den Unternehmen, der Politik, Behörden und Regionen bearbeiten.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und freue mich auf die Diskussion.
Glückauf!